

Die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1990	435
Der Industriesektor in den Ländern Ostdeutschlands im Jahr 1990	442

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 31/91

Berlin

1. August 1991

58. Jahrgang

1. Ex.

Die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1990

Im Jahre 1990 haben die privaten Haushalte in Westdeutschland ihr Geldvermögen um 203 Mrd. DM aufgestockt und außerdem 47 Mrd. DM zur Eigenheimfinanzierung verwendet. Bei der Geldvermögensbildung wurden wiederum Anlageformen mit hoher Rendite bevorzugt. Der Geldvermögensbestand erreichte am Ende des Berichtsjahres nahezu 3 Bill. DM; ihm standen Verpflichtungen von 275 Mrd. DM gegenüber.

Als Erträge ihres Geldvermögens sind den privaten Haushalten im alten Bundesgebiet 1990 Zinsen und Dividenden in Höhe von 147 Mrd. DM zugeflossen. Jeweils zwei Fünftel der Vermögenseinkommen erhielten die Haushalte von Arbeitnehmern und Nichterwerbstätigen; ein Fünftel ging an die Selbständigen-Haushalte. Im Durchschnitt betragen die Vermögenserträge der Arbeitnehmer-Haushalte 4 000 DM, die der Nichterwerbstätigen-Haushalte 4 800 DM und die der Selbständigen-Haushalte 15 200 DM.

Das Geldvermögen der privaten Haushalte in Ostdeutschland belief sich Ende 1990 auf 137 Mrd. DM, die Verpflichtungen betragen 3 Mrd. DM. Im zweiten Halbjahr 1990 bezogen die ostdeutschen Haushalte schätzungsweise rund 2 Mrd. DM an Zinserträgen. Etwa zwei Drittel davon sind an Arbeitnehmer-Haushalte geflossen; ein Fünftel ging an die Haushalte von Nichterwerbstätigen, ein Siebtel an die Haushalte von Selbständigen und Landwirten. Zwischen den durchschnittlichen Vermögenseinkommen der ostdeutschen Haushaltsgruppen gibt es eine relativ schwache Differenzierung.

Informationsgrundlagen dieses Berichts sind für die Geldvermögensbildung und den Geldvermögensbestand die gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung¹ sowie laufende Kreditstatistiken der Deutschen Bundesbank, für die Vermögenseinkommen und ihre Verteilung die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung² des Statistischen Bundesamtes. Herangezogen wurden ferner Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) von 1988 über die Vermögensbestände und Schulden der privaten Haushalte³. Allerdings werden in der EVS nicht alle Arten des Geldvermögens erhoben:

- Um (vor allem ältere) Stichprobenteilnehmer nicht zu verunsichern, wird auf die Frage nach Beständen an Bargeld oder auf Girokonten verzichtet.
- Nach der Höhe von Guthaben bei Lebensversicherungsunternehmen wird nicht gefragt, weil hier Bewertungsprobleme auftreten.

¹ Deutsche Bundesbank: Zahlenübersichten und methodische Erläuterungen zur gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1960 bis 1989; Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1980 bis 1. Halbjahr 1990, Ergänzungslieferung. Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank Nr. 4. Vermögensbildung und ihre Finanzierung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1990. In: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Nr. 5/1991, S. 14 ff.

² Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3, Konten und Standardtabellen 1989 Hauptbericht - Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen in erweiterter Haushaltsgliederung 1972 bis 1989 (als Tabellensatz vervielfältigt).

³ Vgl. Manfred Euler: Geldvermögen und Schulden privater Haushalte Ende 1988. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 11/1990, S. 800 ff. — Ders.: Die Geldvermögen privater Haushalte in der Bundesrepublik im Jahre 1988. In: Sparkasse, Heft 4/1991, S. 150 ff. — Ders.: Wertpapiervermögen privater Haushalte am Jahresende 1988. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 6/1991, S. 410 ff.

Von den erfragten Vermögensarten und von den Vermögenseinkommen der privaten Haushalte wird in der EVS nur ein Teil erfaßt. Zinseinkünfte werden in Einkommensinterviews nicht zuletzt deshalb unvollständig angegeben, weil mancher Sparer „vergessen“ hat, sie in der Einkommenserklärung zu deklarieren⁴, und sie deshalb auch dem Interviewer verschweigt.

Zur aktuellen Einkommens- und Vermögenssituation der privaten Haushalte im neuen Bundesgebiet standen nur vergleichsweise wenige Informationen⁵ zur Verfügung.

Westdeutschland

Verfügbares Einkommen und privater Verbrauch

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Westdeutschland summierte sich 1990 auf 1,5 Bill. DM; es war um 8 vH höher als 1989. Die kräftige Zunahme resultierte vor allem aus der zu Beginn des Berichtsjahres wirksam gewordenen dritten Stufe der Steuerreform, die zu einer deutlichen Entlastung der Einkommen führte: Während die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit um rund 7 vH stiegen, nahmen die Nettolöhne und -gehälter um fast 11 vH zu.

Ihren Verbrauch weiteten die privaten Haushalte im Berichtsjahr um 7 vH aus, also schwächer, als die verfügbaren Einkommen stiegen. „Einkommenssprüngen“ folgt der Verbrauch erfahrungsgemäß mit Verzögerung; infolgedessen floß ein wesentlich höherer Betrag als 1989 in die

Ersparnis. Die Sparquote der privaten Haushalte stieg von 12,4 vH (1989) auf 13,3 vH (1990).

Geldvermögensbildung und Geldvermögensbestand

Insgesamt stockten die privaten Haushalte im Berichtsjahr ihr Geldvermögen um knapp 203 Mrd. DM auf (das waren 21 vH mehr als 1989); außerdem wurden 47 Mrd. DM zur Wohnungsbaufinanzierung verwendet.

Die Geldanlagen auf Sparkonten mit gesetzlicher Kündigungsfrist, die kaum eine Realverzinsung erbringen, sind erneut zurückgegangen. Gegenüber 1989 hat sich der „Nettoabfluß“ von Sparkonten indes verringert — es wird vermutet, daß dies mit dem Zuzug von Arbeitskräften aus den neuen Bundesländern zusammenhängt, die ihre Ersparnisse vorerst auf Sparkonten halten⁶. Weiterhin leb-

⁴ Das Bundesverfassungsgericht (AZ 2 BvR 1493/89 vom 27.6.91) geht davon aus, daß die Hälfte der von den privaten Haushalten im alten Bundesgebiet empfangenen Kapitalerträge der Besteuerung entzogen wird.

⁵ Heinz Horstmann, Ralf Hein, Doris Hoepfner: Sozialprodukt im Gebiet der ehemaligen DDR im 2. Halbjahr 1990. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 5/1991, S. 305 ff. — Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1991/92. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur im DIW. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 26/1991, S. 395 ff. — Vermögensbildung und ihre Finanzierung ..., a.a.O.

⁶ Vgl. Herbert Höffer: Einkommen und Erparnis der privaten Haushalte nahmen 1990 stark zu. In: Sparkasse, Heft 2/1991, S. 55 ff.

Tabelle 1

Geldvermögensbildung der westdeutschen privaten Haushalte¹⁾ in Mrd. DM

Jahr	Spar-einlagen	Geldanlage bei		festverzinsl. Wert-papieren	Erwerb von		Termin-gelder und Sparbriefe	Bargeld und Sicht-einlagen	Sonstige Forde-rungen ²⁾	Bruttogeld-vermögens-bildung insgesamt	Nachrichtlich:	
		Bauspar-kassen	Versiche-rungen		Aktien	Geldmarkt-papieren					Kredit-aufnahme	Nettogeld-vermögens-bildung
1980	8,8	6,3	24,9	24,8	-0,9	0,4	38,7	3,9	14,0	120,8	12,7	108,1
1981	-2,7	5,7	28,6	47,0	-1,2	0,7	41,4	-1,9	12,7	130,3	7,6	122,7
1982	36,2	4,8	31,9	16,0	0,5	1,9	17,4	7,8	10,3	126,7	9,5	115,2
1983	30,5	4,8	32,1	16,0	4,1	-1,4	5,4	9,5	12,0	112,8	12,5	100,3
1984	20,7	0,2	34,6	26,6	0,7	-0,6	19,0	6,1	13,2	120,4	10,5	109,9
1985	34,0	-1,1	38,9	21,5	3,5	-0,4	13,4	5,5	11,2	126,3	12,8	113,6
1986	46,1	-1,7	41,9	8,0	3,6	-0,3	13,9	13,3	12,0	136,9	10,0	126,9
1987	36,4	-3,3	41,3	26,4	5,9	-1,1	9,7	13,8	14,2	143,2	11,6	131,7
1988	20,5	1,0	46,8	48,0	2,5	-0,3	-0,8	25,0	12,1	154,9	13,0	141,9
1989	-21,1	2,8	50,1	62,6	-7,0	3,6	53,3	11,6	11,8	167,8	21,0	146,8
1990	-14,4	4,2	50,5	75,6	-2,8	2,7	55,4	19,5	11,8	202,5	23,8	178,7

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck und Anstaltsbevölkerung. Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen. — ²⁾ Zunahme der Ansprüche aus betrieblichen Pensionszusagen u.a.

Quellen: Deutsche Bundesbank: Zahlenübersichten und methodische Erläuterungen zur gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1960 bis 1989, Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank Nr. 4, 6. Auflage, 1990; Vermögensbildung und ihre Finanzierung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1990. In: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Heft 5/1991.

haftes Interesse fanden die Geldanlagen auf Sparkonten mit vereinbartem Zins (Sondersparformen).

Auf Bausparkonten zahlten die privaten Haushalte 1990 deutlich mehr ein als ein Jahr davor. An Versicherungen flossen per Saldo Beträge in gleicher Höhe wie 1989; die Geldanlage bei Lebensversicherungen ist nicht nur für Selbständige eine wichtige Form der finanziellen Altersversorgung, sondern auch für Angestellte und Arbeiter neben der gesetzlichen Rentenversicherung und der betrieblichen Altersversorgung als dritte Säule der Altersversicherung von Bedeutung. Die Beitragseinnahmen der Lebensversicherungen entsprachen nahezu einem Drittel der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung, die ausbezahlten Lebensversicherungsleistungen fast einem Fünftel der von der Sozialversicherung gezahlten Renten.

Für den Erwerb festverzinslicher Wertpapiere wendeten die privaten Haushalte 1990 wesentlich höhere Mittel auf als 1989. Gefragt waren sowohl inländische Bankschuldverschreibungen als auch Anleihen der öffentlichen Hand; ausländische Rentenwerte fanden dagegen erheblich geringeres Interesse als in den Jahren davor. Am Aktienmarkt traten die privaten Haushalte im Berichtsjahr per Saldo erneut als Verkäufer auf. Der „Nettoerwerb“ von Wertpapieren machte auch 1990 reichlich ein Drittel der Geldvermögensbildung der privaten Haushalte aus. Wiederum einen Betrag in beträchtlicher Höhe (allerdings ein Zehntel weniger als 1989) legten die privaten Haushalte im Berichtsjahr als Termingelder an. Die für den Kauf von Sparbriefen verwendeten Mittel waren über die Hälfte höher als im Jahr davor. Die Bargeldbestände wurden schwächer, die

Sichteinlagen dagegen wesentlich stärker aufgestockt als 1989.

Der Geldvermögensbestand der privaten Haushalte (einschließlich der Ansprüche an betriebliche Pensionsfonds) hat sich am Ende des vergangenen Jahres auf fast 3 Bill. DM erhöht; dabei wurde der Wertpapierbestand zu Tageskursen bewertet. Gegenüber 1989 ist das Geldvermögen um 165 Mrd. DM gestiegen; die Wertpapierbesitzer erlitten Kursverluste in Höhe von 37 Mrd. DM. Wegen der Kriegsgefahr im Nahen Osten waren die Aktienkurse im zweiten Halbjahr 1990 monatelang zurückgegangen, erst kurz vor Jahresende hatten sie sich wieder etwas erholt⁷. Wer freilich im November des vergangenen Jahres Aktien kaufte, konnte inzwischen einen ansehnlichen Kursgewinn verbuchen.

Kreditaufnahme, Verpflichtungen und Nettogeldvermögen

Für Konsumzwecke beanspruchten die privaten Haushalte 1990 Kredite in Höhe von 24 Mrd. DM, die lediglich 1,6 vH ihres verfügbaren Einkommens entsprachen. In der Entwicklung gegenüber 1989 blieb die Kreditaufnahme hinter der Geldvermögensbildung zurück. Die Verpflichtungen betragen zum Ende des Berichtsjahres 275 Mrd. DM, so daß sich ein Nettogeldvermögensbe-

⁷ Vgl. Jürgen Angele: Aktienmarkt im Jahr 1990. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 1/1991, S. 41 ff.

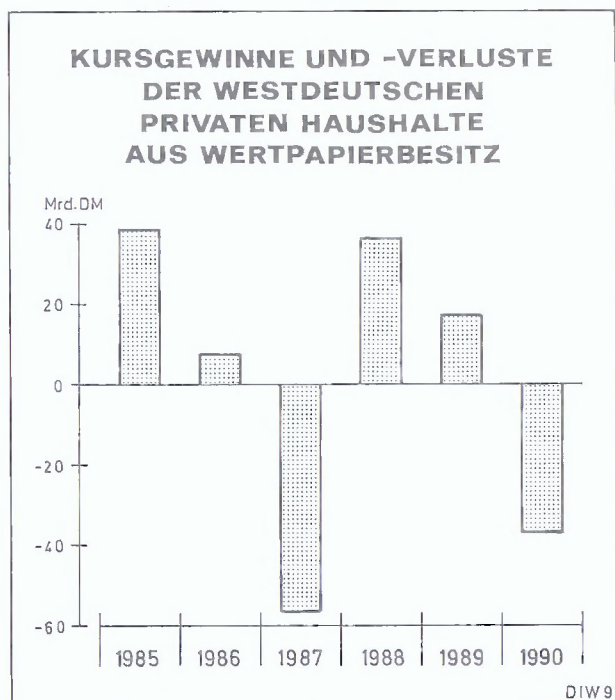
Tabelle 2

Geldvermögen der westdeutschen privaten Haushalte¹⁾ Bestand am Jahresende in Mrd. DM

Jahr	Spar- einlagen	Geldanlage bei			Geldanlage in			Termin- gelder und Sparbriefe	Bargeld und Sicht- einlagen	Sonstige Forder- ungen ³⁾	Bruttogeld- vermögen insgesamt	Nachrichtlich:	
		Bauspar- kassen	Versiche- rungen	festverzinsl. Wert- papieren ²⁾	Aktien ²⁾	Geldmarkt- papieren	Ver- pflichtungen					Nettogeld- vermögen	
1980	493,0	107,7	246,2	170,3	62,7	2,8	157,0	127,8	108,3	1 475,8	143,2	1 332,6	
1981	490,3	113,4	274,8	213,8	58,8	3,5	198,4	126,0	121,1	1 600,1	150,8	1 449,3	
1982	526,5	118,2	306,7	251,9	62,6	5,4	215,7	133,8	131,4	1 752,2	160,3	1 591,9	
1983	556,9	123,0	338,8	267,3	83,0	4,0	221,1	143,3	143,3	1 880,7	172,8	1 707,9	
1984	577,7	123,2	373,4	315,4	91,5	3,4	240,7	149,4	156,5	2 031,2	183,2	1 848,0	
1985	611,7	122,1	412,3	332,6	137,7	2,9	253,8	154,9	167,7	2 195,7	196,0	1 999,7	
1986	657,8	120,4	454,2	329,2	160,2	2,7	267,7	168,2	180,0	2 340,4	206,0	2 134,4	
1987	694,2	117,1	495,5	343,5	121,6	1,6	277,4	181,9	193,8	2 426,6	217,6	2 209,0	
1988	714,6	118,1	542,2	396,1	156,0	1,3	276,6	206,9	206,0	2 617,8	230,6	2 387,2	
1989	693,6	120,9	592,4	439,9	185,4	5,0	330,0	218,5	217,8	2 803,5	251,6	2 551,9	
1990	679,2	125,1	642,9	497,8	163,2	7,7	385,4	238,0	229,6	2 968,9	275,4	2 693,5	

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck und Anstaltsbevölkerung. Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen. — ²⁾ Zu Tageskursen bewertet. — ³⁾ Ansprüche aus betrieblichen Pensionszusagen u. a.

Quellen: Deutsche Bundesbank: Zahlenübersichten und methodische Erläuterungen zur gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1960 bis 1989, Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank Nr. 4, 6. Auflage, 1990; Vermögensbildung und ihre Finanzierung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1990. In: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Heft 5/1991.



stand von knapp 2,7 Bill. DM — fast das Doppelte des verfügbaren Jahreseinkommens — ergab. Im Durchschnitt hatte jeder Haushalt ein Nettogeldvermögen von fast 100 000 DM. Allerdings ist das Vermögen sehr „ungleich“ verteilt. Nach Ergebnissen der EVS von 1988 besaß die Hälfte der privaten Haushalte im damaligen Bundesgebiet kein oder nur ein vergleichsweise niedriges (mitunter nega-

tives) Nettogeldvermögen; auf diese Haushalte entfielen nur knapp 2 vH des von der EVS erfaßten Gesamtvermögens. Demgegenüber verfügte 1 vH der Haushalte (mit weit überdurchschnittlichem Vermögensbesitz) über 14 vH des gesamten Nettogeldvermögensbestandes. Ein Vergleich der EVS-Ergebnisse von 1988 mit denen von 1983 zeigt, daß die Disparität in der Verteilung des Geldvermögens gestiegen ist.

Vermögenseinkommen

Aus ihren Geldanlagen erzielten die privaten Haushalte 1990 Zinsen, Dividenden und andere Vermögenserträge in Höhe von 147 Mrd. DM⁸. Gegenüber 1989 expandierten die Vermögenseinkommen kräftig (+ 17 vH), weil das Zinsniveau stieg — die Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere betrug im Dezember 1989 7,8%, im Dezember 1990 dagegen 9,1% — und die Sparer durch Umschichtung der Anlagen ihre Rendite erneut verbesserten.

Bezieht man die Vermögenseinkommen auf das ertragbringend angelegte Geldvermögen, so ergibt sich für das Berichtsjahr eine Durchschnittsverzinsung von 6% (1989: 5,5%). Tatsächlich ist die Verzinsung allerdings etwas geringer gewesen, weil die Vermögenseinkommen in

⁸ Die Deutsche Bundesbank hat für 1990 als Zins- und Dividenderträge der privaten Haushalte in einer Abgrenzung, die enger als die der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gefaßt ist, die Summe von 137 Mrd. DM errechnet.

Tabelle 3

Vermögenseinkommen der westdeutschen privaten Haushalte¹⁾
in Mrd. DM

Jahr	Zinsgutschriften auf				Ausschüttungen d. Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit	Sonstige Vermögenseinkommen ²⁾	Vermögenseinkommen insgesamt	Nachrichtlich:	
	Spar-einlagen	Bauspar-einlagen	Ver-sicherungen	fest-verzinsliche Wertpapiere				Zinsen auf Konsumentenschulden	Vermögenseinkommen nach Abzug d. Zinsen auf Konsumentenschulden
1980	24,2	2,9	15,9	13,7	2,9	14,2	73,7	13,9	59,9
1981	26,6	3,1	19,0	16,8	2,9	20,4	88,7	17,5	71,3
1982	27,8	3,2	22,2	18,8	2,8	24,1	99,0	19,4	79,6
1983	21,3	3,4	24,2	21,9	2,3	20,3	93,4	18,0	75,4
1984	21,4	3,4	26,7	23,9	3,0	24,7	103,2	18,0	85,2
1985	21,9	3,4	28,8	27,1	3,2	23,9	108,3	18,3	90,0
1986	20,7	3,4	30,8	27,7	3,4	22,3	108,4	18,2	90,1
1987	20,0	3,3	31,8	27,6	3,5	22,0	108,1	18,2	89,9
1988	20,1	3,3	32,6	28,7	3,8	22,9	111,3	18,6	92,8
1989	23,0	3,4	35,5	33,9	4,6	26,0	126,2	21,1	105,1
1990	25,8	3,5	38,7	38,8	6,2	34,2	147,2	25,5	121,7

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbzweck und Anstaltsbevölkerung. Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen. — ²⁾ Emissionsdisagio bei Geldmarktpapieren, Zinsen auf Termingelder und Sparbriefe, Nettopachten und Einkommen aus immateriellen Werten.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.2, Konten und Standardtabellen 1989 Hauptbericht; Berechnungen des DIW nach Kreditstatistiken der Deutschen Bundesbank.

der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auch Nettopachten und Einkommen aus immateriellen Werten einschließen.

Die Summe der Zinsgutschriften auf Spareinlagen fiel im Berichtsjahr deutlich größer aus als 1989. Auch die Zinsen auf Versicherungen und aus Wertpapierbesitz nahmen be-

trächtlich zu. Demgegenüber stiegen die Zinsen auf Baupareinlagen vergleichsweise wenig.

Den empfangenen Vermögenseinkommen stehen die von den privaten Haushalten geleisteten Zinsen auf Konsumentenschulden gegenüber, die sich 1990 auf rund 25½ Mrd. DM (+21 vH) summierten. Netto bezogen die

Tabelle 4

Vermögenseinkommen der westdeutschen Haushaltsgruppen¹⁾

Jahr	Selbständigen		Ange- stellten	Haushalte von					sonstigen Personen ²⁾	Privat- haushalte insgesamt
	in der Landwirtschaft	außerhalb		Beamten	Arbeitern	Arbeits- losen	Rentnern	Pensio- nären		
in Mrd. DM										
1980	1,6	12,8	14,5	4,0	11,1	0,2	17,6	2,8	5,1	69,7
1981	2,0	15,2	17,1	4,8	12,8	0,4	21,4	3,3	6,9	83,7
1982	2,2	16,9	18,9	5,4	13,6	0,7	24,3	3,6	8,2	93,7
1983	2,1	16,4	17,8	5,1	12,3	0,8	22,9	3,4	7,9	88,5
1984	2,2	18,5	19,7	5,5	13,1	0,8	25,0	3,6	9,3	97,7
1985	2,2	19,3	20,8	5,7	13,5	0,9	26,5	3,8	10,0	102,7
1986	2,2	19,5	21,0	5,7	13,6	0,8	26,3	3,8	10,1	102,9
1987	2,1	19,5	21,3	5,7	13,4	0,8	26,2	3,7	10,0	102,5
1988	2,1	20,4	22,2	5,8	13,2	0,8	27,0	3,8	10,5	105,6
1989	2,2	23,2	25,1	6,5	14,8	0,9	30,3	4,2	12,7	119,9
1990	2,4	26,9	29,8	7,5	17,2	0,9	35,0	4,9	15,2	139,8
in DM je Haushalt										
1980	4 045	8 655	2 885	2 697	1 758	796	2 434	2 963	4 589	2 875
1981	4 875	10 284	3 373	3 156	2 059	928	2 932	3 578	5 524	3 412
1982	5 448	11 246	3 668	3 460	2 286	1 034	3 291	4 022	5 997	3 772
1983	5 190	10 748	3 434	3 246	2 138	961	3 044	3 767	5 278	3 522
1984	5 677	12 031	3 744	3 514	2 304	1 027	3 271	4 076	5 871	3 854
1985	5 947	12 554	3 897	3 652	2 399	1 058	3 416	4 233	6 058	4 018
1986	5 951	12 701	3 897	3 599	2 391	1 040	3 374	4 170	5 784	3 990
1987	5 887	12 697	3 872	3 546	2 362	1 010	3 337	4 095	5 710	3 952
1988	6 023	13 102	3 905	3 615	2 351	1 013	3 392	4 164	5 841	4 020
1989	6 738	14 616	4 337	4 026	2 570	1 089	3 774	4 690	6 824	4 500
1990	7 683	16 681	4 927	4 589	2 879	1 184	4 296	5 394	7 827	5 120
Nachrichtlich: Zahl der Haushalte in 1000										
1980	403	1 480	5 012	1 472	6 292	289	7 226	935	1 120	24 229
1981	400	1 481	5 079	1 505	6 191	431	7 303	914	1 240	24 544
1982	402	1 501	5 147	1 549	5 944	638	7 395	895	1 364	24 835
1983	395	1 525	5 175	1 571	5 743	812	7 527	892	1 491	25 131
1984	384	1 536	5 254	1 568	5 672	808	7 651	893	1 579	25 345
1985	375	1 539	5 325	1 569	5 635	813	7 755	893	1 649	25 553
1986	368	1 533	5 383	1 581	5 689	798	7 788	904	1 741	25 785
1987 ³⁾	355	1 535	5 491	1 596	5 665	812	7 837	906	1 746	25 943
1988	342	1 554	5 672	1 610	5 632	829	7 948	903	1 789	26 279
1989	328	1 590	5 792	1 617	5 754	790	8 017	902	1 864	26 654
1990	315	1 615	6 046	1 632	5 985	718	8 147	901	1 942	27 301

1) Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck und ohne Anstaltsbevölkerung. Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen. — 2) Haushalte von Nichterwerbstätigen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Vermögenseinkommen, Sozialhilfe, Stipendien, Übertragungen von Angehörigen oder aus sonstigen Quellen. — 3) Die Zahl der in der Volkszählung von 1987 ermittelten Privathaushalte (26,2 Mill.) wurde vom Statistischen Bundesamt noch nicht in die Berechnungen zur Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen übernommen.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen in erweiterter Haushaltsgliederung 1972 bis 1989 (als Tabellensatz vervielfältigt); Berechnungen des DIW.

Haushalte 122 Mrd. DM an Zinserträgen und Dividenden, von denen vermutlich ein Teil in den privaten Verbrauch, der größere Teil aber wohl in die Geldvermögensbildung geflossen ist.

Vermögenseinkommen
nach Haushaltsgruppen

Die Privathaushalte im engeren Sinn erhielten im Berichtsjahr Vermögenseinkommen in Höhe von knapp 140 Mrd. DM; den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck und den in Gemeinschaftsunterkünften lebenden Personen wurden Vermögenserträge von etwas mehr als 7 Mrd. DM zugerechnet. Im Durchschnitt erhielt der Privathaushalt 1990 rund 5 100 DM (+14 vH) an Zinsen und Dividenden. Allerdings sind die Zinserträge noch „ungleicher“ verteilt als die Geldvermögensbestände, weil der Anteil hochverzinslicher Geldanlagen mit der Größe des Ver-

mögensstocks steigt. An einem Geldvermögen von 10 000 DM — so zeigen die Resultate der EVS — sind Wertpapiere durchschnittlich zu einem Drittel, an einem Geldvermögen von 100 000 DM rund zur Hälfte beteiligt.

Die Arbeitnehmer- und die Nichterwerbstätigen-Haushalte bezogen im Berichtsjahr jeweils zwei Fünftel, die Selbständigen-Haushalte ein Fünftel der Zins- und Dividendensumme. Im Durchschnitt betragen die Vermögenseinkommen der Arbeitnehmer-Haushalte 4 000 DM, die der Nichterwerbstätigen-Haushalte 4 800 DM und die der Selbständigen-Haushalte 15 200 DM.

Prima facie erscheinen diese Durchschnittswerte als recht hoch. Doch ist zu berücksichtigen, daß hier die Zinsgutschriften auf Versicherungen enthalten sind. Diese Zinsen machen fast die Hälfte der den Selbständigen-Haushalten sowie zwei Fünftel der den Arbeitnehmer-Haushalten zugute kommenden Vermögenseinkommen aus. Für die Haushalte von Nichterwerbstätigen sind Zinsgutschriften auf Versicherungen von geringerer Bedeu-

Tabelle 5

Vermögenseinkommen der westdeutschen Haushaltsgruppen¹⁾ 1990 nach Arten

	Zinsen ²⁾ und Ausschüttungen	Übrige Vermögens- einkommen ³⁾	Vermögens- einkommen insgesamt	Zinsen auf Konsumenten- schulden	Nachrichtlich: Zinsen und Ausschüt- tungen nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden	Vermögens- einkommen insgesamt
in Mrd. DM						
Haushalte von						
Selbständigen in der Landwirtschaft	1,3	1,1	2,4	0,3	1,1	2,2
Selbständigen außerh. d. Landwirtschaft	14,8	12,1	26,9	3,3	11,5	23,6
Angestellten	18,1	11,7	29,8	7,2	10,9	22,6
Beamten	5,1	2,4	7,5	1,9	3,3	5,6
Arbeitern	9,5	7,7	17,2	6,1	3,4	11,2
Arbeitslosen	0,4	0,5	0,9	0,8	-0,4	0,1
Rentnern	25,2	9,9	35,0	1,9	23,3	33,1
Pensionären	4,0	0,9	4,9	0,3	3,7	4,6
sonstigen Personen ⁴⁾	14,2	1,0	15,2	1,6	12,6	13,7
Privathaushalte insgesamt	92,6	47,2	139,8	23,3	69,3	116,5
in DM je Haushalt						
Haushalte von						
Selbständigen in der Landwirtschaft	4 222	3 460	7 683	857	3 365	6 825
Selbständigen außerh. d. Landwirtschaft	9 189	7 492	16 681	2 068	7 121	14 613
Angestellten	2 997	1 930	4 927	1 197	1 800	3 730
Beamten	3 143	1 446	4 589	1 140	2 004	3 455
Arbeitern	1 589	1 290	2 879	1 016	573	1 863
Arbeitslosen	573	641	1 184	1 100	-627	84
Rentnern	3 087	1 209	4 296	233	2 854	4 063
Pensionären	4 395	999	5 394	322	4 073	5 072
sonstigen Personen ⁴⁾	7 302	525	7 827	798	6 504	7 029
Privathaushalte insgesamt	3 392	1 728	5 120	854	2 538	4 266

1) Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck und ohne Anstaltsbevölkerung. Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen. — 2) Ohne Zinsgutschriften auf Versicherungen. — 3) Zinsgutschriften auf Versicherungen, Nettopachten und Einkommen aus immateriellen Werten. — 4) Haushalte von Nichterwerbstätigen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Vermögenseinkommen, Sozialhilfe, Stipendien, Übertragungen von Angehörigen oder aus sonstigen Quellen.

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

Tabelle 6

Geldvermögen der ostdeutschen privaten Haushalte¹⁾
Bestand am Jahresende in Mrd. M (1980 und 1989) bzw. Mrd. DM (1990)

Jahr	Spar- einlagen	Geldanlage bei		Geldanlage in Wertpapieren	Termingelder und Sparbriefe	Bargeld und Sichteinlagen	Bruttogeld- vermögen insgesamt	Nachrichtlich:	
		Bau- sparkassen	Ver- sicherungen					Ver- pflichtungen	Nettogeld- vermögen
1980	99,7	—	10,1	—	—	12,3	122,1	.	.
1989	159,7	—	17,8	—	—	17,0	194,5	.	.
1990	65,1	0,6	7,0	3,0	13,0	48,7	137,4	3,2	134,2

¹⁾ 1990 einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
Quelle: Vermögensbildung und ihre Finanzierung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1990. In: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Heft 5/1991.

tung; die zumeist älteren Personen in diesen Haushalten verfügen zwar nicht selten über Sparguthaben und Wertpapierbesitz in beträchtlicher Höhe, haben aber in der Regel keine laufenden Lebensversicherungen mehr.

In der Praxis werden die Zinsen, die auf ein Guthaben bei einem Versicherungsunternehmen anfallen, über die Laufzeit des Versicherungsvertrages hinweg kumuliert und erst nach Ablauf der Vertragszeit zusammen mit der Versicherungssumme ausgezahlt. Während der Laufzeit des Vertrages hat der Versicherte in der Regel keine Kenntnisse über die Höhe des jeweils aufgelaufenen Zinsbetrages. In den hier vorgelegten Berechnungen sind die Zinsen auf Versicherungen ebenso wie in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung periodengerecht verteilt worden. Ohne die Zinsgutschriften auf Versicherungen beliefen sich die durchschnittlichen Vermögenserträge der Arbeitnehmer-Haushalte im Berichtsjahr auf knapp 2 400 DM, die der Nichterwerbstätigen-Haushalte auf 3 700 DM und die der Selbständigen-Haushalte auf 8 400 DM. Nach Saldierung mit den auf Konsumentenkredite geleisteten Zinsen verblieben somit den Arbeitnehmer-Haushalten im vergangenen Jahr durchschnittliche Zins- und Dividendeneinkünfte von 1 300 DM, den Nichterwerbstätigen-Haushalten von 3 300 DM und den Selbständigen-Haushalten von 6 500 DM.

Ostdeutschland

Geldvermögen und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte

Die 6,4 Mill. privaten Haushalte in Ostdeutschland hatten im zweiten Halbjahr 1990 — nach Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion — ein Einkommen in Höhe von 87 Mrd. DM zur Verfügung. Für den Verbrauch gaben sie jedoch erheblich mehr aus.

Das Geldvermögen der ostdeutschen Privathaushalte belief sich Ende 1990 auf 137 Mrd. DM. „Nur“ noch knapp

die Hälfte davon befand sich auf Sparkonten; attraktivere Anlageformen (Festgelder, Sparbriefe und Wertpapiere) haben zunehmend an Bedeutung gewonnen. Vor der Währungsunion waren die Geldanlage auf Spargiro- oder Sparkonten (mit einer Verzinsung von 3,25%) und das Versicherungssparen die einzigen Anlagemöglichkeiten. Daß das Bausparen in den neuen Bundesländern Interesse gefunden hat, verwundert angesichts der oft schlechten Wohnverhältnisse nicht. Mehr als ein Drittel ihres Geldvermögens hielten die ostdeutschen Privathaushalte am Ende des vergangenen Jahres indes in liquider Form.

Dem Geldvermögen der ostdeutschen Haushalte standen Verpflichtungen in Höhe von 3 Mrd. DM gegenüber, so daß sich das Nettogeldvermögen auf 134 Mrd. DM belief. Das durchschnittliche Nettogeldvermögen betrug rund 20 000 DM je Haushalt — ein Fünftel des Durchschnittsvermögens der westdeutschen Haushalte.

Auf ihre verzinslich angelegten Vermögensbestände bezogen die ostdeutschen Privathaushalte im zweiten Halbjahr 1990 schätzungsweise rund 2 Mrd. DM an Zinserträgen⁹. Die Durchschnittsrendite war vergleichsweise niedrig; in den neuen Bundesländern ist der Anteil höherverzinslicher Anlageformen am Geldvermögen (17 vH) wesentlich geringer als im alten Bundesgebiet (57 vH). Etwa zwei Drittel der Zinsen sind an Arbeitnehmer-Haushalte geflossen; ein Fünftel ging an die Haushalte von Nichterwerbstätigen, ein Siebtel an die Haushalte von Selbständigen und Landwirten. Zwischen den durchschnittlichen Vermögenseinkommen der ostdeutschen Haushaltsgruppen gibt es eine relativ schwache Differenzierung: Die Zinseinkünfte eines Selbständigen-Haushalts sind dort im Mittel anderthalbmal so hoch wie die eines Arbeitnehmer-Haushalts, während im alten Bundesgebiet diese Relation nahezu 4:1 beträgt.

⁹ Für 1989 werden die Zinserträge der privaten Haushalte in der damaligen DDR mit 5 Mrd. M beziffert (Quelle: Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1990, S. 315).

Der Industriesektor in den Ländern Ostdeutschlands im Jahr 1990

Die ostdeutsche Industrie befindet sich in einem massiven Umstrukturierungsprozeß, der auch die räumlichen Strukturen in den neuen Bundesländern verändern wird. Besonders betroffen sind Produktion und Beschäftigung in den südlichen neuen Bundesländern. Allerdings scheinen die aktuellen Entwicklungen weniger Ausdruck spezieller regionaler Strukturprobleme zu sein, als vielmehr die Folge einer Reihe von Sonderentwicklungen in der gegenwärtigen Umstellungsphase.

Mit der Einbindung der ostdeutschen Wirtschaft in die internationale Arbeitsteilung, der Aufhebung der besonderen Handelsbeziehungen zu den ehemaligen RGW-Staaten und den gestiegenen Lohn- und Umweltschutzkosten wird eine massive Umstrukturierung der ostdeutschen Industrie notwendig¹. Der Anpassungsprozeß der Industrie wird dabei vermutlich auch zu Veränderungen der räumlichen Strukturen in Ostdeutschland führen, da teilweise erhebliche regionale Konzentrationen einzelner Industriebranchen vorliegen und diese sehr unterschiedliche Entwicklungsperspektiven haben².

Welche Richtung der industrielle Strukturwandel in Ostdeutschland im einzelnen einschlagen und welche Konsequenzen dies für die Entwicklung der Regionen haben

wird, ist zur Zeit allerdings kaum zu bestimmen. Erste Tendenzen der regionalen Entwicklung in der Industrie im Jahr 1990 lassen sich allerdings bei einer Verknüpfung amtlicher Statistiken mit der von der Treuhandanstalt bei ihren Unternehmen durchgeführten Stammdatenerhebung erkennen. Im folgenden sind neben Angaben zur Produktionsentwicklung auch Informationen zur Veränderung der Beschäftigung und zum Privatisierungsprozeß in den einzelnen Bundesländern herangezogen worden³.

Entwicklung von Produktion und Beschäftigung

Der Umstrukturierungsprozeß der ostdeutschen Industrie ist durch einen erheblichen Produktionseinbruch gekennzeichnet. Nach amtlichen Angaben ist die industrielle Warenproduktion vom Dezember 1989 bis zum Jahresende 1990 um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Der Einbruch der Industrieproduktion hat alle neuen Bundesländer erfaßt (vgl. Tabelle 1). In den ersten drei Monaten 1991 setzte sich der Produktionsrückgang fort; im März 1991 wurde etwa ein Viertel weniger produziert als Ende 1990.

Tabelle 1

**Entwicklung der Industrieproduktion und -beschäftigung¹⁾
in den neuen Bundesländern 1990**

Wirtschaftszweige	Warenproduktion	Beschäftigung	Kurzarbeit
	Veränderung in vH ²⁾		Anteil in vH
Mecklenburg-Vorpommern	-43	-23	23
Berlin-Brandenburg ³⁾	-50	-21	30
Sachsen-Anhalt	-56	-23	34
Sachsen	-52	-28	38
Thüringen	-54	-27	37
Ostdeutschland	-53	-26	33

¹⁾ Produzierendes Gewerbe ohne Bauwirtschaft. — ²⁾ Veränderung Dezember 1990 zu Dezember 1989. — ³⁾ Bundesland Brandenburg zuzüglich des Ostteils Berlins.

Quellen: Gemeinsames Statistisches Amt der Länder, Stammdatenerhebung der Treuhandanstalt, Berechnungen und Schätzungen des DIW.

¹ Vgl.: Görzig, B. und M. Gornig: Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der DDR. Beiträge zur Strukturfor-schung, Heft 121, Berlin 1991.

² Vgl.: Cornelsen, D., U. Hardt und A. Scherzinger: Regional Socio-Economic Development in Central and Eastern Europe — East Germany. Gutachten des DIW und des NIW im Auftrag der Kommission der Europäischen Gemeinschaft, Berlin und Hannover 1990. Rudolph, H.: Beschäftigungsstrukturen in der DDR vor der Wende. In: Mitteilungen aus Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 4/1990 und Scherf, K. u.a.: Ökonomische und soziale Geographie der DDR, Gotha 1990.

³ Die Auswertungen erfolgten im Zusammenhang mit einem Gutachten des DIW im Auftrag der Treuhandanstalt Berlin. Gornig, M. und A. Scherzinger: Indikatoren des regionalen Umfeldes in den Arbeitsamtsbezirken und Kreisen Ostdeutschlands, Berlin 1991.

Für die Beschäftigung liegen nur wenig differenzierte Angaben der amtlichen Statistik über die aktuelle Entwicklung in den Regionen vor. Es wurden daher Schätzungen zur Bestimmung der Größenordnung des Beschäftigungsabbaus in der ostdeutschen Industrie durchgeführt. Grundlage der Schätzungen waren die Veränderungen der Beschäftigung in Unternehmen der Treuhandanstalt, mit deren Hilfe die Angaben zur Berufstätigenerhebung von 1989 bis zum Dezember 1990 fortgeschrieben wurden⁴.

Die Industriebeschäftigung in Ostdeutschland ist bis Ende 1990 um etwa 25 vH zurückgegangen (vgl. Tabelle 1). Enthalten sind hierin allerdings erhebliche Auslagerungen von Betriebsteilen aus der Industrie in den Dienstleistungsbereich. Da auch aus anderen Gründen die Entwicklungsbedingungen bei den Dienstleistungen günstiger waren, lag die Beschäftigung Ende 1990 hier schätzungsweise nur etwa um 10 vH unter dem Vorjahresniveau. Gesamtwirtschaftlich dürfte die Beschäftigtenzahl um etwa 20 vH gesunken sein.

Bedeutung der sektoralen Struktur

Die Industriestrukturen der neuen Bundesländer und damit die Ausgangsbedingungen für den industriellen Strukturwandel weichen erheblich voneinander ab. Oft dominieren nur wenige Branchen die Beschäftigungsstrukturen in den Ländern (vgl. Tabelle 2). In Mecklenburg-Vorpommern sind es der Schiffbau und das Ernährungsge-

werbe, wo 1989 zusammen fast 45 vH aller Industriebeschäftigten tätig waren. In Sachsen-Anhalt sind es mit einem Beschäftigungsanteil von zusammen etwa 40 vH der Stahl- und Maschinenbau sowie die chemische Industrie, die die Industriestruktur prägen. In den anderen neuen Bundesländern ist die Struktur des produzierenden Gewerbes zwar breiter gefächert, aber auch hier bestehen Schwerpunkte. In Brandenburg ist dies u.a. der Braunkohlenbergbau, in Thüringen sind dies die Elektrotechnik, Feinmechanik und spezifische Verbrauchsgüterindustrien und in Sachsen der Stahl- und Maschinenbau sowie das Textil- und Bekleidungs-gewerbe.

⁴ Hierzu wurden die Veränderungen der Beschäftigung der Treuhandunternehmen (Unternehmenskonzept) getrennt nach Wirtschaftszweigen und Niederlassungen auf die sogenannten territorial bereinigten Angaben der Berufstätigenerhebung (Betriebskonzept) bezogen. Die Berechnungen stützen sich dabei auf etwa 75 vH der Industriebeschäftigung in Ostdeutschland, obwohl aufgrund von Inkonsistenzen und fehlenden Angaben nur etwa 7 000 der 9 000 Unternehmen der Treuhandanstalt berücksichtigt werden konnten. Die Angaben des Gemeinsamen Statistischen Amtes der Länder für das vierte Quartal 1990 wurden nicht herangezogen, da einmal in den Monaten Oktober bis Dezember erhebliche Veränderungen in der Industrie stattfanden und zum anderen diese Werte allein nach dem Unternehmenskonzept berechnet wurden.

Zwischen dem Ostteil Berlins und dem Brandenburger Umland bestehen — stärker als zwischen anderen Bundesländern — erhebliche Unternehmensverflechtungen. Die Unternehmensangaben der Treuhandstatistik ließen daher nur eine zusammengefaßte Betrachtung für die Region zu.

Tabelle 2

Struktur der Beschäftigung in den Industriezweigen und Ländern Ostdeutschlands 1989

Wirtschaftszweige	Mecklenburg-Vorpommern	Berlin-Brandenburg ¹⁾	Sachsen-Anhalt	Sachsen	Thüringen	Ostdeutschland
	Anteile in vH					
Energiewirtschaft	5,9	6,1	2,7	2,4	2,3	3,5
Bergbau	0,1	10,3	5,9	2,9	3,1	4,8
Chemie, Mineralölverarbeitung	2,9	5,2	16,2	3,3	3,4	6,1
Kunststoff-, Gummiverarbeitung	1,3	3,2	5,6	1,8	2,1	2,8
Steine und Erden ²⁾	3,8	4,5	4,0	3,9	7,5	4,7
Metallerzeugung, -verarbeitung	1,6	6,6	7,3	5,6	2,8	5,3
Stahl-, Maschinenbau	12,7	15,6	23,7	22,6	13,6	19,0
Fahrzeugbau	21,1	4,6	3,9	4,5	6,3	6,0
Elektrotechnik, Feinmechanik ³⁾	8,6	19,3	6,6	13,7	23,4	14,8
EBM-Waren ⁴⁾	2,9	3,6	3,9	6,0	8,1	5,3
Holz-, Papierindustrie ⁵⁾	7,8	5,4	4,8	6,3	6,7	6,1
Textil, Bekleidung	6,5	6,1	5,2	19,8	12,7	12,0
Nahrungs-, Genußmittelgewerbe	24,7	9,6	10,1	7,1	8,0	9,7
Produzierendes Gewerbe ⁶⁾	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹⁾ Bundesland Brandenburg zuzüglich des Ostteils Berlins. — ²⁾ Einschließlich Feinkeramik und Glasindustrie. — ³⁾ Einschließlich Büromaschinen, EDV und Optik, Uhren. — ⁴⁾ Einschließlich Musikinstrumente, Spielwaren etc. — ⁵⁾ Einschließlich Druckereien. — ⁶⁾ Ohne Bauwirtschaft.

Quellen: Statistisches Amt der DDR, Berufstätigenerhebung 1989; Berechnungen des DIW.

Die regionalen Schwerpunkte in der Industriestruktur haben auch erheblichen Einfluß auf die aktuelle Entwicklung von Produktion und Beschäftigung (vgl. Tabelle 3). Mecklenburg-Vorpommern schneidet vor allem deshalb etwas weniger schlecht ab, weil dort Ende 1990 der Auftragsbestand im Schiffbau noch hoch war. In Brandenburg wirkte sich dagegen die vergleichsweise stabile Entwicklung in der Energiewirtschaft und im Bergbau positiv auf das Gesamtergebnis aus. Die ungünstige Produktions- und Beschäftigungsentwicklung in Thüringen und Sachsen im vergangenen Jahr ist dagegen wesentlich auf den Einbruch in den Verbrauchsgüterindustrien — insbesondere im Textil- und Bekleidungs-gewerbe — zurückzuführen.

Der Umstrukturierungsprozeß der ostdeutschen Industrie steht jedoch erst am Anfang und war im vergangenen Jahr noch durch eine Reihe von Sondereinflüssen bestimmt. Bedeutsam sind hier vor allem die Regelungen im Außenhandel mit Osteuropa. In Teilen des Maschinen- und Fahrzeugbaus sowie der Elektrotechnik und Feinmechanik haben diese wesentlich zur Stabilisierung der Produktion beigetragen. Mit dem Auslaufen dieser Regelungen hat zu Jahresbeginn 1991 ein erheblicher Produktionsrückgang im Investitionsgütergewerbe eingesetzt; dagegen stabilisierte sich die Produktion in Teilen des Verbrauchsgütergewerbes.

Hinzu kommt, daß die Entwicklung der Beschäftigung 1990 erheblich durch Kündigungsschutzabkommen in

einer Reihe von Industriebranchen verzerrt wurde. Mit dem Auslaufen dieser Regelungen z.B. im Chemie- und Metallbereich Mitte dieses Jahres sind erhebliche Freisetzungen in bestimmten Regionen zu erwarten. Dies gilt voraussichtlich insbesondere für Sachsen-Anhalt, wo der Beschäftigungsabbau besonders deutlich hinter der Produktionsverringerung zurückgeblieben war.

Stand des Privatisierungsprozesses

Die bislang vorliegenden Informationen über die Entwicklung von Produktion und Beschäftigung in der jetzigen Umbruchphase liefern nur wenig Anhaltspunkte für die Perspektiven der Industrie in den Regionen Ostdeutschlands auf mittlere Frist. Gefährdet sind insbesondere die großen Betriebe fast aller Industriebranchen. Eine Stabilisierung wird hier nur durch eine weitgehende Neuorientierung der Industrie erreicht werden können⁵.

Dieser Prozeß wird nur gelingen, wenn es zu einem umfangreichen Kapital- und Wissenstransfer durch westliche

⁵ Vgl.: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung und Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 24, 1991. Gürtler, J., G. Nerb und H. Penzkofer: Ifo-Konjunkturtest in den neuen Bundesländern. In: Ifo-Schnelldienst Nr. 16-17, 1991.

Tabelle 3

Veränderung der Beschäftigung in den Industriezweigen und Ländern Ostdeutschlands 1990

Wirtschaftszweige	Mecklenburg-Vorpommern	Berlin-Brandenburg ¹⁾	Sachsen-Anhalt	Sachsen	Thüringen	Ostdeutschland
	Veränderung in vH ²⁾					
Energiewirtschaft	-5	-10	-27	-14	-3	-12
Bergbau	-16	-15	-23	-39	-30	-24
Chemie, Mineralölverarbeitung	-30	-21	-22	-26	-28	-24
Kunststoff-, Gummiverarbeitung	-35	-35	-29	-31	-18	-30
Steine und Erden ³⁾	-27	-10	-41	-20	-34	-26
Metallerzeugung, -verarbeitung	-19	-20	-20	-28	-22	-23
Stahl-, Maschinenbau	-27	-19	-24	-22	-24	-23
Fahrzeugbau	-14	-19	-23	-22	-21	-19
Elektrotechnik, Feinmechanik ⁴⁾	-20	-19	-15	-26	-24	-22
EBM-Waren ⁵⁾	-16	-31	-28	-35	-40	-34
Holz-, Papierindustrie ⁶⁾	-26	-29	-36	-31	-24	-29
Textil, Bekleidung	-38	-49	-21	-37	-38	-37
Nahrungs-, Genußmittelgewerbe	-33	-32	-31	-38	-36	-34
Produzierendes Gewerbe ⁷⁾	-23	-21	-23	-28	-27	-26

¹⁾ Bundesland Brandenburg zuzüglich des Ostteils Berlins. — ²⁾ Veränderung Dezember 1990 zu Dezember 1989. — ³⁾ Einschließlich Feinkeramik und Glasindustrie. — ⁴⁾ Einschließlich Büromaschinen, EDV und Optik, Uhren. — ⁵⁾ Einschließlich Musikinstrumente, Spielwaren etc. — ⁶⁾ Einschließlich Druckereien. — ⁷⁾ Ohne Bauwirtschaft.

Quellen: Gemeinsames Statistisches Amt der Länder; Stammdatenerhebung der Treuhandanstalt; Berechnungen und Schätzungen des DIW.

Unternehmen kommt⁶ und gleichzeitig mehr kleine und mittlere Unternehmen entstehen⁷. Den Privatisierungsbestrebungen der Treuhandanstalt kommt daher — auch wenn sie kurzfristig in vielen Fällen mit einem weiteren Beschäftigungsabbau verbunden sind — für die mittelfristigen Entwicklungsperspektiven der Industrie in den neuen Bundesländern eine Schlüsselrolle zu.

Nach Angaben in der Stammdatenerhebung der Treuhandanstalt konnten bis Ende 1990 insgesamt fast 10 vH des Industriebereichs (gemessen an der Beschäftigung und damit unter Berücksichtigung der relativen Bedeutung der Einzelverkäufe) privatisiert oder teilprivatisiert werden (vgl. Tabelle 4). Etwas weiter vorangeschritten ist der Verkauf von Industrieunternehmen der Treuhandanstalt in Thüringen und Sachsen, gefolgt von der Region Berlin-Brandenburg.

Ausschlaggebend für den Vorsprung dieser Länder sind Verkäufe im Maschinen- und Fahrzeugbau sowie der Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik. Diese Branchen gehören — wie auch die Baustoffindustrie und das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe — zu den Wirtschaftszweigen, in denen der Privatisierungsprozeß allgemein in Ostdeutschland am weitesten vorangekommen ist. Auch in Sachsen-Anhalt liegt, gemessen an der Beschäftigung, der Anteil bereits privatisierter Industrieunternehmen kaum unter dem ostdeutschen Durchschnitt. Geringer ist der Privatisierungsgrad nur in Mecklenburg-Vorpommern.

Tabelle 4

**Stand des Privatisierungsprozesses der Industrie¹⁾
in den neuen Bundesländern 1990**

Bundesländer	Privatisiert ²⁾	Kaufinteresse	Reprivatisiert ³⁾	Gewerbeanzeigen ⁴⁾
	Anteil an der Beschäftigung in vH je 10 000 Einw.			
Mecklenburg-Vorpommern	6	22	2	16
Berlin-Brandenburg ⁵⁾	9	25	0	20
Sachsen-Anhalt	9	24	2	17
Sachsen	10	23	6	18
Thüringen	11	29	7	23
Ostdeutschland	9	25	4	19

1) Produzierendes Gewerbe ohne Bauwirtschaft. — 2) Verkauf oder Teilverkauf von Treuhandunternehmen. — 3) Reprivatisierung von Treuhandunternehmen beantragt bzw. abgeschlossen. — 4) im Handwerk. — 5) Bundesland Brandenburg zuzüglich des Ostteils Berlins.

Quellen: Gemeinsames Statistisches Amt der Länder, Stammdatenerhebung der Treuhandanstalt; Institut für Mittelstandsforschung, ifm — Materialien Nr. 77; Berechnungen und Schätzungen des DIW.

Der Privatisierungsprozeß in Ostdeutschland steht allerdings erst am Anfang. Meldungen der Treuhandanstalt über erhebliche Verkaufserfolge in den ersten Monaten des Jahres 1991 weisen darauf hin⁸. Aber auch Angaben zu bestehendem Kaufinteresse aus der Stammdatenerhebung von 1990 zeigen, daß sich eine erhebliche Beschleunigung des Privatisierungsprozesses abzeichnet. Wiederum gemessen an der Beschäftigung besteht in Ostdeutschland für etwa 25 vH des Industriebereichs aktuelles Kaufinteresse. In der regionalen Differenzierung des Kaufinteresses ergeben sich dabei ähnliche Strukturen wie bei den bereits abgeschlossenen Verkäufen. Für Mecklenburg-Vorpommern ergeben sich wiederum die ungünstigsten Relationen; in Thüringen ist das Interesse an weiteren Unternehmenskäufen in der Industrie am höchsten.

Eine wichtige Aufgabe der Treuhandanstalt ist die Reprivatisierung von verstaatlichten kleinen und mittleren Unternehmen. Gemessen an der Beschäftigung ist zwar die Bedeutung der Reprivatisierung insgesamt mit einem Anteil von unter 5 vH an der Industrie noch gering, eine umfangreiche Reprivatisierung könnte allerdings erhebliche Akzente für den Wiederaufbau einer mittelständischen Wirtschaft in den neuen Bundesländern setzen. Im regionalen Vergleich scheint dies allerdings bisher nur in Thüringen und Sachsen möglich zu sein, wo etwa 80 vH aller Reprivatisierungen in Ostdeutschland abgeschlossen oder beantragt sind. Schwerpunkte der Reprivatisierung sind hierbei die Verbrauchsgüterindustrien.

Die Reprivatisierung von Betrieben kann allerdings nur der erste Schritt beim Aufbau einer mittelständischen Wirtschaft sein. Es wird entscheidend auch darauf ankommen, Neugründungen in Ostdeutschland zu verstärken⁹. Im Jahr 1990 sind bereits fast 40 000 Gewerbeanzeigen im Handwerk gemeldet worden. Regionaler Schwerpunkt ist hierbei — gemessen in Gewerbeanzeigen je 10 000 Einwohner — Thüringen, gefolgt von Berlin-Brandenburg und Sachsen (vgl. Tabelle 4).

Der Stand des Privatisierungsprozesses könnte Indiz dafür sein, daß sich — entgegen der aktuellen Produktions- und Beschäftigungsentwicklung — auf mittlere Frist am ehesten die Industrie in den beiden südlichen Bundesländern Ostdeutschlands und im Raum Berlin-Brandenburg

⁶ Vgl.: Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1991. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 18-19, 1991.

⁷ Vgl.: Schrupf, H.: Selbständige in der DDR — ein Potential zur Lösung der aktuellen Probleme. In: RWI-Mitteilungen, Heft 1/2, 1990 und Gornig, M. und W. Scheremet: Die erwartete Arbeitsmarktdynamik. In: Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 143, 1991.

⁸ Vgl.: Treuhandanstalt (Hrsg.): Auftrag und Zwischenbilanz, Berlin 1991, S. 4.

⁹ Vgl.: May-Strobl, E. und M. Paulini: Unternehmensgründungen in den fünf neuen Bundesländern, ifm-Materialien, Nr. 77, Bonn 1990.

stabilisiert¹⁰. Von besonderer Bedeutung ist hierbei, daß für ehemalige Leitsektoren in diesen Regionen — wie dem Maschinenbau, dem Straßenfahrzeugbau und der Elektrotechnik — in Zusammenarbeit mit westlichen Unternehmen eine erfolgversprechende Sanierung abzeichnet. Auch mittelfristig als problematisch erscheint dagegen die Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt aufgrund der besonders einseitigen Industriestruktur. Zwar besteht hier wie in allen Regionen längerfristig die Möglichkeit, die Industriestruktur durch Ansiedlung

von Unternehmen zu verändern, aber eine positive Gesamtentwicklung ist wohl nur denkbar, wenn auch tragfähige Konzepte für den Werftenbereich und die Chemieindustrie gefunden werden.

¹⁰ Hierauf weisen auch die Investitionsabsichten westdeutscher Industrieunternehmen hin, die sich nicht nur auf Unternehmenskäufe, sondern auch auf Kooperationen und Neugründungen in Ostdeutschland beziehen. Vgl. Weichselberger, A. und P. Jäcke, Investitionsaktivität westdeutscher Unternehmen in der ehemaligen DDR, in: Ifo-Schnelldienst, Nr. 12, 1991.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer * 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1990. Bearbeitet von Klaus-Dietrich Bedau. — *Der Industriesektor in den Ländern Ostdeutschlands im Jahr 1990.* Bearbeitet von Martin Gornig.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten